

Landtag Rheinland-Pfalz

CDU Landtagsfraktion

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Ellen Demuth

Drohende Schließung des Rasselstein-Werkes in Neuwied

Wie die Rhein-Zeitung aktuell berichtet, droht die ThyssenKrupp Steel Europe AG mit der Schließung des Rasselstein-Werkes in Neuwied. 340 Menschen arbeiten im Rasselstein-Werk am Standort Neuwied, sollte das Neuwieder Rasselstein-Werk geschlossen werden, droht ihnen die Arbeitslosigkeit.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Inwiefern stand bzw. steht die Landesregierung mit der ThyssenKrupp Rasselstein GmbH oder der ThyssenKrupp Europe AG in Kontakt?
2. Seit wann und woher hat die Landesregierung Kenntnis über die mögliche Schließung des Rasselstein-Werkes in Neuwied?
3. Ist der Landesregierung bekannt, ob und wenn ja, wann das Rasselstein-Werk am Standort Neuwied geschlossen werden soll?
4. Welche Kenntnisse hat die Landesregierung über die Auswirkungen des von der ThyssenKrupp Steel Europe AG geplanten Optimierungsprogramms auf das Rasselstein-Werk in Andernach?
5. Inwiefern bietet die Landesregierung dem Konzern wirtschaftliche Beratung und Unterstützung an, um den Standort Neuwied zu erhalten und den Standort Andernach zu festigen?
6. Wie bewertet die Landesregierung ggf. die Erfolgsaussichten von wirtschaftlichen Unterstützungsmaßnahmen des Konzerns durch die Landesregierung, gemessen an dem Ziel einer nachhaltigen Erhaltung des Standortes Neuwied?

Mainz, 18.02.2013